

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

41 (18.2.1920)

Politische Uebersicht.

Interessante unabhängige Offenherzigkeiten.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“, das unabhängige Organ für Geissen und Waldd, plauderte folgendes aus der Schule:

„Wenn die Eisenbahner und die Arbeiterklasse endlich einmal den Abgrund wirklich sähen, vor dem Deutschland steht, und die Unfähigkeit der Regierung, Deutschland vor dem Sturz in den Abgrund zu bewahren, würden sie ohne weiteres diese unfähige Regierung in den Abgrund stoßen, die Diktatur an sich nehmen und Deutschland an Rußland anschließen. Deutschland ist unter kapitalistischer Wirtschaft rettungslos verloren. Je schneller es zugrunde geht, um so besser!“

Die Arbeiter sollen die heutige Regierung in den Abgrund stoßen. Mit dem Stimmzettel? O nein, ohne weiteres! Sie sollen nicht viel Federlesens machen, denn „je schneller Deutschland zugrunde geht, um so besser“. Das unabhängige Mitglied der preussischen Landesversammlung Kieker hat am 20. Januar in einer Versammlung zu Göttingen erklärt:

„Wenn die U.S.V. die Staatsgewalt ergreift, kommt die Mädelittatur, diese vollkommene Demokratie, zur Einführung und die Gewerkschaftsbündnisse verschwinden. Die Führer der jetzigen Mehrheitspartei werden dann von uns mit Knüppeln empfangen und hängengelast.“

Dieser Knüppelschlag meinte weiter, die Tage der Mehrheitsführer seien gezählt, komme die Arbeiterklasse zur Macht, dann werde mancher Katerstich gefühlt werden! Natürlich meint dieser „Revolutionär“ nur Sozialdemokraten, denn gegen die erwartende Reaktion in erster Linie und hauptsächlich den Kampf zu führen, haben die Unabhängigen verlernt.

Neue Geschenkwürfe.

Berlin, 18. Febr. Der Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes war fertiggestellt. Bei dem Sinken der Valuta und dem Schwanken des Geldwertes hat aber die ursprünglich gestellte Forderung auf Gewährung einer Entschädigung die ähnlich wie beim Elektrizitätsgesetz sich auf den Wert der Unternehmen vor dem Kriege gründete, nicht mehr aufrecht erhalten werden können, wenn man nicht große Unbilligkeiten herbeiführen wollte. Es haben daraufhin neue Verhandlungen über die Verteilung in die Wege geleitet werden müssen, die dem Abschluß nahe sind. Das Gesetz wird der Nationalversammlung vorgelegt werden. — Das Reichstagswahlgesetz kommt in der nächsten vom Reichsministerium des Innern vorgeschlagenen Form in dieser Woche ins Kabinett.

Die roten Truppen als Arbeitsarmee.

Die „Pravda“ (Moskau) meldet: Der Sowjet der Arbeiter- und Bauernwehr ordnete an, daß alle Kräfte und Mittel der zweiten Armee der Republik der Verbesserung des Eisenbahnbetriebes im Abschnitt der südöstlichen Bahnen gewidmet werden. Diese Bahnen haben für Sowjetrußland eine große Bedeutung. Auf ihnen werden Getreide, Fleisch, Fische, Petroleum und andere Produkte transportiert werden können. Die Instandsetzung dieser Bahnen ist eine dringende Aufgabe der zweiten Armee. Ebenso wird die zweite Armee in Petersburg, welche die Hauptstadt gegen Judenitsch verteidigt hat, in eine Petersburger Arbeiter-Revolutionärsarmee verwandelt werden: Sie wird Brennstoff, Holz und Schieferplatten in die Hauptstadt befördern.

Betriebsratswahlen.

Bereitet die Wahlen für die Betriebsräte vor.

Der Kampf um das Betriebsratsgesetz ist vorläufig abgeschlossen. Der Kampf um die Betriebsräte beginnt. Nach Ansicht der Unabhängigen taugt das Gesetz nichts, ist vielmehr ein Ausnahmefall gegen die Arbeiter, wie der halbkomunistische Mädelittator Geier in der Nationalversammlung behauptete. Die logische Folge für die Unabhängigen wäre, die Betriebsratswahlen zu boykottieren, denn, wenn ein Gesetz nichts taugt, vielmehr die Arbeiter entsetzt, so läßt man doch besser alles beim Alten. Aber die Unabhängigen und Kommunisten werden sich hüten, Wahlabsagen zu üben, denn das Gesetz hat allerdings in ihren Augen den Fehler, daß es wirklich ihrer Alleinherrschaft in vielen Betrieben ein Ende macht. Die Verhältniswahl macht einen dicken Strich durch die Alleinherrschaft der Diktatoren von links. Voraussetzung ist allerdings, daß die Masse der mehrheitssozialistischen Arbeiter und Angestellten von ihrem Wahlrecht wirklichen Gebrauch macht.

Der Kampf um den konstitutionellen Betrieb, um das wirkliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter den Unternehmern gegenüber war den Ultraradikalen bisher in der Praxis völlig wusch. Der Kampf richtete sich nicht gegen die An-

rechnung, sondern gegen die außerordentlichen Arbeiter des Betriebes.

Meine Arbeiterklasse darf vergewaltigt werden. Den besten Mann, mit großer volkswirtschaftlicher Einsicht, mit dem entwickeltesten sozialen Gefühl und von größter Selblosigkeit stellt man als Kandidaten für den Betriebsrat. Ganz gleich, in welchem politischen Lager er steht. Nur wenn die Auslese der Tätigen im Betriebsrat hier, werden die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter des Betriebs wahrgenommen und die Produktion gefördert werden.

Der „Vorwärts“ hat sich ein Verdienst erworben, indem er Schriften herausgegeben hat, die sowohl bei der Wahl zu den Betriebsräten als auch bei der Durchführung der Aufgaben der Betriebsräte außerordentliche Dienste leisten werden und von seinem Betriebsrat übersehen werden dürften.

Der Stillsreferent im Reichsarbeitsministerium Dr. Georg Kuntz hat schon im Vorwärts-Verlag einen beachtenswerten Kommentar zum Betriebsratsgesetz erschienen. Preis geb. 8 M., brosch. 5,50 M. Der Verfasser war am Werdgange des Betriebsratsgesetzes und seiner Entstehung beteiligt. Er sah als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums im 7. Ausschuß. Seine erläuternden Notizen zu den Paragraphen des Gesetzes verraten auf Schritt und Tritt den sozialistischen Denker und den sozialistisch gesinnten Juristen. Kein Gewerkschaftsaktivist kann ohne diesen Kommentar im Wahlkampf auskommen. In jedem Betriebsrat wird der Kommentar in mindestens einem Exemplar vorhanden sein müssen. Eine kompetentere Arbeit auf diesem Gebiet wird kaum erscheinen können.

Ein zweites im Vorwärts-Verlag erschienenes Schriftchen betitelt sich „Führer durch das Betriebsratsgesetz“. Es ist verfaßt von Genosse Hermann Müller, der seit längerem Jahren dem Zentralarbeitersekretariat vorsteht. Das Schriftchen eignet sich zur weitesten Verbreitung, da vor allem der Preis von 1,50 M. kein Hindernis ist. Müller ist als Sozialwissenschaftler bekannt. Seine sachkundige Arbeit, die nicht im trockenen Ausfällen der Paragraphen besteht, sagt in verständlicher Sprache auch schwebelähmten Arbeitern das, was sie vom Betriebsratsgesetz wissen müssen.

Beide zeitgemäßen Schriften werden dem abstrakt denkenden Arbeiter in der anschaulichsten Weise zeigen, daß die unabhängige Kritik gegen das Gesetz so ungerechtfertigt als etwas war. Gewiß hat das Gesetz Mängel. Sätten die Unabhängigen ihre Energie zur Verbesserung des Gesetzes verwendet, statt nur gegen uns zu hetzen und irreführende Arbeiter in den Tod zu treiben, so könnte das Gesetz nach mancher Richtung hin besser sein.

Jetzt gilt es indessen, nicht darüber zu streiten, wer Recht hatte, sondern das Gesetz praktisch anzuwenden und mit seiner Hilfe das Nützlichste für die Arbeiter herauszuholen. Je besser die Auswahlfür die Betriebsräte und je sachkundiger die Arbeiter werden, desto mehr Nutzen besteht, das Gesetz in Märgen zu realisieren. Zum ersten Mal erhalten die Arbeiter eine wirkliche Beteiligung in modernen Betrieben. Von der Wahl der Betriebsräte hängt ungeschwehrt viel ab. Die Arbeiter dürfen keinesfalls das Gesetz und die Rechte die es ihnen gibt, sabotieren. Das werden wohl Unternehmer die und da versuchen. Ein Arbeitervertreter wäre, der den Unternehmern in dieser Beziehung Bundeshilfe leisten würde.

Badische Politik.

Für die Zwangswirtschaft.

Man schreibt uns: Die geistige Notiz über die Bauern- und Landbauvereinigungen, welche in den letzten Tagen und Wochen landauf und landab haltgehalten, sollte der organisierten Arbeiterklasse nahelegen, ebenfalls eine großzügige Agitation für die Zwangswirtschaft einzuleiten. Tut sie nichts, dann muß sie sich eines Tages mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft abfinden und für ihre Lebensmittel unerhöhte Preise bezahlen. So fordert man jetzt schon auf dem Lande, nachdem die Eierbörse in Baden im wesentlichen aufgehoben ist, für ein Ei 2 M. und 2,50 M! Was müßte künftig erst für Milch und Brot bezahlt werden? Die landwirtschaftlichen Organisationen der Verbraucher schlafen. Das darf nicht so weitergehen. Heraus, ihr Verbraucher, steht euch ein — für die Zwangswirtschaft!

Die soziale Lage der Geistlichen.

In der Haushaltskommission des Landtags wurde bei der Position: 1785 100 M. als einmaliger Zuschuß zur Gewährung von Teuerungszulagen an Geistliche aller Bekenntnisse (also auch der Freireligiösen und Altkatholiken. D. Ver. eingehende Erörterung gepflogen über die niedrigen Gehälter der Geist-

lichen aller Konfessionen. Allgemein erkannte man diese Notlage, auch unferreits, an. Da die Sozialdemokratie sich stets gegen die Dotierung der Kirchen durch den Staat ausgesprochen, stellte sie folgenden Vermittlungsantrag:

„Der einmalige Zuschuß zur Gewährung von Teuerungszulagen an Geistlichen aller Bekenntnisse ist seitens der Staatskasse als Vorstufe zu gewähren. Die Rückzahlung soll erfolgen, sobald die Religionsgemeinschaften durch entsprechende Erhöhung der Kirchensteuer die Mittel hierfür aufbringen können.“

Diesen Antrag lehnten die bürgerlichen Parteien ab. Die Position wurde schließlich mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen bewilligt, nachdem noch der Zentrumredner einer Aufbesserung der pensionierten Geistlichen das Wort geredet hatte.

Bewilligt wurden noch für Bauten an der Universität Heidelberg: Neubau der medizinischen, 2. Teilforderung 600 000 M., Errichtung einer Ambulanz der Gaultstr. 66 000 M., an der Technischen Hochschule Karlsruhe: Neubau der Angewandten Abteilung, 2. Teilforderung, 700 000 M.

Die Steuerrechte der Kirchen.

In der Haushaltskommission besprach man u. a. auch die Steuerbedürfnisse der Kirche, die natürlich, den Zeitverhältnissen entsprechend, künftig ebenfalls große sind. Ein Entwurf der badischen Regierung hat die Höhe der Landeskirchensteuer von 1/3 Vermögenssteuer und 8% Proz. Einkommensteuer auf 3/3 und 21 Proz. auf Höchstmaß erhöht.

Die Sozialdemokratie stellte den Antrag, um die Dotation des Staates für die Kirchengemeinschaften allmählich in Wegfall zu bringen, eine Höchstgrenze für die Besteuerung der Mitglieder von Religionsgemeinschaften überhaupt nicht festzusetzen. Die Kirche müsse künftig, nachdem sie von der Formumschaffung des Staates befreit ist, ihre Finanzen selbst regeln. — Von seiten des Zentrums erjäht der Antrag bestige Beschämpfung, während der deutschnationale Vertreter (für die evangelische Kirche), aber nur für seine Person, erklärte, ihm liege wenig an der staatlichen Dotation. Die evangelische Kirche sei sich im Klaren, daß die Kirchengemeinschaften in Zukunft hohe Steuern, selbst auf die Gefahr des Austritts aus der Kirche, erheben müßten.

Die Beschlußfassung wird ausgesetzt, weil der Kultusminister Hummel erklärte, es müßte wegen der Tragweite des sozialdemokratischen Antrags mit dem Finanzministerium Rücksprache genommen werden.

Da bekanntlich auch Altkirchengemeinschaften und sonstige juristische Personen zu den Baukosten kirchlicher Gebäude u. m. beitragen müssen, fordert weiter ein sozialdemokratischer Antrag die Beseitigung dieser Steuerbestimmung. Von seiten der bürgerlichen Parteien wurde entgegen, die Industrialisierung einzelner Gebiete Baden und der dadurch bedingte Neubau von Kirchen und Kirchengemeinschaften mache die Heranziehung der Industrie- und Altkirchengemeinschaften, sowie der Genossenschaften nötig, da sonst die Arbeiterbevölkerung die kirchlichen Lasten allein zu tragen habe. Der sozialdemokratische Antrag wurde zurückgezogen.

Streik der Tabakpflanzler. Die Tabakpflanzler des Bezirks Lahr haben den Streik beschlossen, d. h. sie wollen keinen Tabak mehr abliefern, sondern denselben selbst verarbeiten. Die Unzufriedenheit richtet sich dagegen, daß für Fertigtarife keine Höchstpreise bestehen, jedoch nach Ansicht der Pflanzler für solche Höchstpreise genommen werden können, die in keinem Verhältnis stehen zu den Preisen für die Rohstoffe. Der Streik soll auf das ganze Land ausgedehnt werden.

Die Pläne für die Schiffarmadung des Oberrheins. Durch ein Uebereinkommen der schweizerischen und badischen Regierungen wurde als Endtermin für den zur Gewinnung von Ränen für die Schiffarmadung des Oberrheins im Jahre 1918 eröffneten Wettbewerb, der während des Krieges geruht hatte, der 1. Mai 1920 festgesetzt. Die im Wettbewerbprogramm ausgesetzten Preise von 80 000 Franken oder 40 000 Mark, von 35 000 Fr. oder 25 000 M. und von 25 000 Fr. oder 20 000 M. dürften also im Laufe des Sommers 1920 ausbezahlt werden. Die Aufbringung der Mittel fällt den Rhein-Schiffahrtsverbänden zur Last. Die heutigen Valutaverhältnisse dürften es aber dem Rhein-Schiffahrtsverband Konstanz nicht ermöglichen, den ihm zehrenden Anteil auszubringen. Die badische Regierung hat sich deshalb entschlossen, sich an den Kosten zu beteiligen, wozu im 7. Nachtrag zum Staatsanleihegesetz 50 000 M. angefordert werden.

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

2 Nachdruck verboten.

Der Turmhahn.

Eine Dorfgeschichte.

(Schluß.)

Das Dorf war menschenleer, denn die Bauern werkten auf ihren Aedern. Die Kirche lag im Sonnenlichte etwas abseits des Dorfes am Friedhof. Der Pfarrhof einen Büschenhügel haben entfernt. Der Herr Josephus stand am Fenster und schaute von dort aus zu, wie der lange Hölzriegel aus der Luke dicht über dem Glasthür frach. Er hatte das scheinbar innen irgendwo festgenagelte Seil um den Leib geschlungen, trug den Hahn an einem derben Strick auf dem Rücken und kletterte wie ein Warden an den eisernen, eingelassenen Stieghaken der blechernen Turmhaube in die Höhe. Um den obersten Haken schlang er das Seil, bis es straff war und arbeitete dann in der schwindenden Höhe stink darauf los.

Dem Alten am Fenster drunten wurde zwar ein wenig bang. Jedoch fiel ihm das Sprüchlein vom nichtberberhenden Unkraut ein und er beruhigte sich mit einer Brille schnell wieder. Bis er plötzlich die Schnupftabakdose zu Boden fallen ließ und sämtliche Türen hinter sich offenstehen lassend, in seinen dicken alten Zylinder mit fliegender Soutane gegen die Kirche rannte.

Da kommen einem im Leben Augenblicke vor, in denen man sich eine ganze Reihe von Handlungen vornimmt, zu welchen einer sonst Ueberlegungszeit braucht. Ohne zu wissen, wie doch das Richtige trifft, weil Leben und Tod davon abhängt.

Denn der Herr Josephus hatte mit seinen vogelscharfen Bauernaugen zuerst einen Schatten durch die Gebirge des Gottesader lücheln sehen und dann, den Bruchteil einer Minute, an der untersten runden Turmluke einen fuchsigigen Haarschopf entdeckt.

Man sah er selber zwischen den Grabsteinen hindurch über der kleinen Gottesader hinweg und verschwand in

der offenen Turmluke wie ein großer schwarzer Vogel im Nest.

Denn er kannte seine Leute nicht nur auswendig, sondern konnte auch beiläufig, was unter den Mäcken sah, der Gottschedel! Dann begann er die steinerne Treppe empor zu klettern. Merkwürdig rasch für seine fünfundsiebzig Jahre und lautlos auf seinen dicken Hahnschuhen.

Die Stiege entlang wand sich in Süßhöhe an der Mauer ein fester Strick durch eiserne Ringe. Diesen benutzte er fleißig und mit festem Griff beim Aufsteigen.

Der Feueranzug stand mittelmäßig droben im Glockenstuhl. Ueber ihm krachten die Stiefel des Hölzriegel alle Augenblicke gegen das dicke Blech der Turmhaube.

Das Seil des draußen Arbeitenden war mit drei wulstigen Knoten nun einen in Brusthöhe laufenden Balken des Sprengwerkes befestigt.

Er bange sich auf den Bund nieder, denn als guter Freund müßte er doch nachschauen, ob das Seil auch sicher lag.

Nur beverfertigte er diese Untersuchung in sonderbarer Weise.

Wohl in der Besorgnis um den Hölzriegel, nestelte er an dem dreifachen Knoten herum.

Dieser mußte scheinbar nicht ganz festgebunden sein. Denn plötzlich waren es nur noch zwei Knoten. Vielleicht hatte der Rothhaare auch etwas tappige Finger, denn auch der zweite Knoten begann locker zu werden.

Aber in diesem Augenblick begab sich etwas sehr Schreckliches.

„So, das ist aber schön vom Feueranzug, daß er dem Kameraden hilft. Das ist brav, daß du ihm nichts nachtragst. Zusammenhalten muß man im Leben. Recht hast Feueranzug!“ tönte es plötzlich hinter ihm ganz heiser, schier atemlos.

Hinter dem weißhaarigen Kopfe tauchte der schweißtriefende Oberkörper des Herrn Josephus aus der Wendeltreppe empor.

Der Feueranzug kriegte einen höllischen Schreck und flog auf dem Abiak herum wie ein Kreisfel.

„Hochwürden, bin ich erschrocken. Schier umgefallen war ich halt grad. Ja, wie kommens denn da raus? So an alter Herr, Jesso Marand Zieppheil!“ hochte und schluderte er heraus.

„Du vernalebeiter Weltsganner, du schlechter, grad im rechten Augenblick noch,“ jübelte der Alte für sich „du Teufelsdraken, du grundschlechter, du!“

Und atemlos fing er einen lebhaften Wausch an, richtig nach Luft schnappend. Blönderte in Freud und Aufregung alles mögliche durcheinander und legte, gerade, wie wenn er sich stützen wollte, beide Hände auf die Seilnoten.

Da wußte der Feueranzug, daß ihn der Hölzriegel durchschaut habe und schmähte nun auch seinerseits in Angst und Aufregung mit.

Bis der Hölzriegel mit einem mächtigen Schwung durch die Luke hereingefam und das Seil nachzog. Dann erzählte er ihm, wunderworte sein Freund um ihn besorgt gewesen sei.

Und in einer knappen Stunde wäre er mit der Arbeit fertig geworden. So einen Stundenverdienst ließe er sich auch gefallen!

Der Feueranzug wurde immer verlegener und der Hölzriegel immer geribter.

Dann zogen sie beide mit Seil und Werkzeug die Treppe hinunter. Der Herr Gottschedel mit zittrigen Knien langsam hintertretn.

Im Pfarrhof händigte er ihnen das Geld aus. Der Langnosige gerüht voraus, der Rothhaare mit hängenden Ohren hinterher, gingen sie die Dorfstraße hinunter.

Der Herr Josephus aber leate sich auf die Knie und schaukelte mit einem Heiligenbildchen den verschütteten Schnupftabak sorgfältig in die Dose zurück. Sodann schnupfte er heftig und anhaltend, bis das Kästlein leer war.

Das war gerade in demselben Augenblick, in welchem der Feueranzug und der Hölzriegel im Wirtshaus selbender vor ihren Schnapsgläsern wie die Lerchen sangen.

Und dazwischen hinein in den Rausen ebenfalls und gar nicht zu knappe Gauslein schnupften.

Die Entente fordert erneut die Auslieferung Wilhelms II.

Die Note der Entente an Holland. — Schwere Anklagen gegen Wilhelm II. — Drohungen der Entente falls Holland die Auslieferung verweigert.

Brüssel, 17. Febr. Die Antwort des Obersten Rates der Alliierten, die in der Frage der Auslieferung Wilhelms II. an Holland gerichtet worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die Mächte haben von der Antwort der holländischen Regierung auf ihre Note vom 15. Januar 1920 hinsichtlich der Auslieferung des deutschen Kaisers Wilhelm von Hohenzollern gewisses Vertrauen Kenntnis genommen.

Die von den Mächten während des Krieges im allgemeinen Interesse gebrachten ungeheuren Opfer geben diesen Mächten das Recht, die Niederlande zu bitten, auf ihre Weigerung zurückzukommen, die sich nicht auf annehmbare, aber ganz persönliche Erwägungen eines Staates, der im Kriege abseits gestanden und nicht genau alle Pflichten und Gefahren der gegenwärtigen Stunde abwägt. Die Verpflichtungen der Mächte gegenüber ihren Vätern, die Tragweite der in Rede stehenden Fragen und die so schwer wiegenden politischen Verantwortlichkeiten, die sich aus der Aufgabe der Rechtsforderungen gegen den ehemaligen Kaiser ergeben werden, bestimmen die Mächte, ihre Forderungen aufrecht zu erhalten und zu erneuern.

Die Mächte verlangen von der holländischen Regierung nicht eine Preisgabe ihrer traditionellen Politik, sie glauben aber, daß die Natur ihres Geschäftes, die nach ihrer Meinung nicht allein, aber doch nicht in der Hauptsache von der internen Gesetzgebung der Niederlande abhängt, nicht genügend gewürdigt wurde. Es handelt sich um keine Frage des Prestiges, und die Mächte würden dem Gefühl eines Staates mit begrenzten Interessen ebenso viel Aufmerksamkeit wie der wohlüberlegten Forderung der Großmächte. Am jedoch den verantwortlichen Führer des großen Krieges abzurufen, können sie nicht die Schaffung eines Obersten Gerichtshofes abwarten, der mit der Befolgung internationaler Verträge betraut wird. Gerade das in Aussicht genommene Urteil wird einem solchen Gerichtshof den Weg ebnen.

Die Mächte wünschen festzustellen, daß der Völkerbund nicht seinen hohen Grad der Entwicklung erreicht hat, daß es ihm, oder irgend einem von ihm ins Leben gerufenen Gerichte gelingen würde, vollkommene Gerechtigkeit zu schaffen.

Würde die Weigerung der holländischen Regierung, den ehemaligen Kaiser anzuliefern, falls die Weigerung aufrecht erhalten bleibt, nicht einen unheilvollen Präzedenzfall schaffen, der geeignet wäre, jedes Verfahren eines jeden internationalen Gerichtshofes gegen hochgeachtete Schuldige unwirksam zu machen? Die Regierung der Niederlande macht geltend, daß das Auslieferungsgesetz gegenüber dem ehemaligen Kaiser von ihr nur vom Standpunkte ihrer eigenen Politik ins Auge gefaßt werden kann.

Sie scheint dabei nicht in Erwägung zu ziehen, daß sie gemeinsam mit den zivilisierten Nationen die Pflicht hat, die Bestrafung der Verbrechen gegen das Völkerrecht und gegen die Grundzüge der Menschlichkeit sicher zu stellen, Verbrechen, für die in heute ungleicher Weise Wilhelm von Hohenzollern eine schwere Verantwortung zuzufallen.

Die Note vom 25. Januar wurde überreicht im Namen von 26 alliierten und assoziierten Mächten, den Signatären des Friedensvertrages und der gemeinsamen Mandatären des größten Teiles der zivilisierten Nationen. Das beweist, daß man unumgänglich die gemeinsame Kraft dieser Forderung erkennen kann, die nicht nur der Ausdruck des Urteils derjenigen ist, die gelitten haben, sondern auch der Ausdruck des Bedürfnisses der Gerechtigkeit, die im Namen der Menschheit spricht.

Die Mächte die holländische Regierung vergessen, daß der Völkerbund und dem persönlichen Handeln des von den Mächten zur Aburteilung verlangten Mannes zugesprochen ist, wenn nahezu zehn Millionen Menschen in der Mitte ihres Alters dahin gemordet wurden, wenn dreimal mehr Menschen gräßlich verblüht oder in ihrer Gesundheit geschädigt wurden, wenn Tausende von Quadratkilometern bisher industriereicher fruchtbarer, unglücklicher Landes ver-

wüstet und zerstört wurden, wenn die Kriegsschiffe hunderte von Millionen überleben und wenn all dieses geschähe, zum Schaden von Menschen, die ihre Freiheit wie die Freiheit ihrer Kinder und die Freiheit der ganzen übrigen Welt verteidigt haben.

Das wirtschaftliche und soziale Leben der Völker wurde erschüttert und ist noch gefährdet durch Not und Elend, das eine fürchterliche Folge des von Wilhelm II. entfesselten Krieges ist. Die Alliierten können ihre Überraschung nicht verbergen, die sie empfinden, als sie in der holländischen Antwort nicht ein einziges Wort der Mißbilligung für die von dem Kaiser begangenen Verbrechen fand, Verbrechen, die die Urgefühle der Menschheit und der Zivilisation aufzittern und deren unschuldigen Opfer namentlich auch sehr viele holländische Staatsangehörigen auf hoher See wurden. Es stimmt vollständig überein mit den Zielen des Völkerbundes, Hilfe zu leisten bei der Bestrafung solcher Verbrechen. Wie könnte man sich dem Einbruch jeder reaktionären Kundgebung erwehren, die eine Folge der Weigerung Hollands wäre, wie könnte man verkennen, welche gefährliche Störung all jene erfahren, die mit der gerechten Bestrafung der Schuldigen und ihrer exemplarischen Aburteilung, welcher Gesellschaftsklasse sie auch angehören mögen, einverstanden sind, wenn sich Holland widersetzt. Holland, dessen Geschichte lange Kämpfe um die Freiheit aufweist und das um der Gerechtigkeit willen so schwer gelitten hat, sollte nicht eine so enge Auffassung seiner Pflichten hegen und sich damit

außerhalb der Gemeinschaft der Welt stellen.

Su den Pflichten, denen sich aus nationalen Gründen niemand entziehen kann, gehört es, sich mit uns zu vereinigen zu der exemplarischen Bestrafung der verantwortlichen Urheber des Unheils und der Schäden des Krieges

und sich zu bemühen, die deutsche Nation zur Auffassung der Menschlichkeit zurückzuführen, da sie immer noch ägernd auf den falschen Theorien ihrer Regierung beharrt, die offen ausspricht, daß Gewalt vor Recht gehe, und der Erfolg das Verbrechen heilige.

Von diesem Gesichtspunkte aus, nicht vom nationalen Standpunkte aus haben die Mächte die holländische Regierung gebeten, ihren Willen von Hohenzollern anzuliefern und erneuern sie heute ihr Gesuch.

Die Mächte möchten der Regierung der Niederlande in Erinnerung bringen, daß sie, falls sie darauf beharrt, sich um die Anwesenheit der kaiserlichen Familie auf holländischem Gebiet so nahe an der Grenze nicht zu kümmern, sowohl direkt verantwortlich ist dafür, den Verbrechen vor den Forderungen des Rechts in Schutz zu nehmen als auch verantwortlich für Europa und die ganze so gefährliche Propaganda.

Die ständige Anwesenheit des Kaisers unter durchaus unwirksamer Kontrolle in geringer Entfernung von der deutschen Grenze, so daß er das Zentrum einer tätigen und wachsenden Intrigue vieler Mächte, stellt für die Mächte, die zur Befreiung dieser Gefahr übermenschliche Opfer gebracht haben, eine Bedrohung dar. Die Mächte haben die Pflicht, solche Maßregeln zu ergreifen, wie sie ihnen ihre eigene Sicherheit gebietet.

Die Mächte können da persönliche Gefühle nicht verhehlen, das ihnen die Weigerung verursacht, ihnen den Kaiser anzuliefern ohne irgend eine Prüfung der Mäßigkeit, wie die Weigerung Hollands in Entlassung gebracht werden könnte mit jenen Vorkehrungsmaßnahmen, sei es an Ort und Stelle, sei es in der Entfernung des Kaisers von Schauplatz eines Verbrochens, durch die er gleichzeitig aufrechterhalten wird, in Deutschland zurückzuführen seinen unheilvollen Einfluß auszuüben.

Obwohl ein solcher Vorbehalt dem Verlangen der Verbündeten nicht ganz entgegensteht, hätte er doch Zeugnis gegeben von jenen Gefühlen, denen sich Holland unumgänglich entziehen kann. Die Mächte machen in der dringenden und feierlichsten Form die holländische Regierung aufmerksam auf die Tragweite, die sie einer neuen Prüfung der ihr gestellten Frage bemessen. Sie wünschen sie zu verstehen zu geben, wie ernst die Lage werden könnte, wenn die Regierung der Niederlande nicht in der Lage wäre, Zusicherungen zu geben, wie sie die Sicherheit Europas gebieterisch verlangt.

U. S. B. trot als zweiter Diskussionsredner Quenzler auf, der sich in seinen Ausführungen zum Teil den Meinungen des ersten Diskussionsredners angeschlossen und dessen Folgerungen hauptsächlich darin gesehen, daß die U. S. B. auch nicht schuldlos sei an dem derzeitigen Bruderkampf, oder an der noch nicht erfolgten Wiedervereinigung des gesamten Proletariats. Die Ausführungen Quenzlers, die wiederholt — auch beim ersten Diskussionsredner vor dies der Fall — unterbrochen wurden, wirkten unter den eigenen Reihen verblüffend.

Solange Demagogen und politische Dummköpfe wie Jung bei den U. S. B. das Wort in der Hand haben und mit ihrem Geschimpfe den Miß in der Arbeiterklasse nur noch verbreitern, ist an eine Einigung der Arbeiterklasse nicht zu denken.

Gemeindepolitik.

1. Waldkirch (Breisgau), 16. Febr. Die Gemeinde Kollnau hat die Beiratswahl für die Volksschule eingeführt. — Mit Beginn des neuen Schuljahres wird in Kollnau eine Mädchenfortbildungsschule mit dreijähriger Schulpflicht eröffnet.

2. Geiselsheim, 16. Febr. Der Stadtrat beantragt beim Bürgerausschuß die Aufnahme einer 10 Millionen-Anleihe. In der Form eines kurzfristigen Darlehens oder durch Ausgabe von Schuldverschreibungen.

Gewerkschaftliches.

Das internationale Arbeitsamt hat kürzlich in Paris seine erste ordentliche Tagung des Verwaltungsrats des in Washington gegründeten Internationalen Arbeitsamtes, abgehalten. Das Internationale Arbeitsamt ist eigentlich ein Teil des Friedensvertrages. Das Arbeitsamt hat mindestens einmal pro Jahr allgemeine Arbeitskonferenzen einzuberufen, zu denen jedes Land vier Vertreter entsendet, wovon einer Arbeiter und einer Unternehmer sein muß. Diese Konferenzen beschließen über internationale Arbeiterschutzmaßnahmen, jedoch müssen die Beschlüsse durch die beteiligten Länder erst ratifiziert werden. Der Verwaltungsrat, der sich aus 12 Regierungsvorstehern und je 6 Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer zusammensetzt, bildet eine Art Regierung, das Arbeitsamt die ausführliche Behörde für internationale Sozialgesetzgebung. Die Pariser Tagung verlief im allgemeinen sehr sachlich. Zum erstenmal nahmen auch deutsche Delegierte — Legation, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes, für die Arbeiter, Geheimrat Lehmann vom Reichsarbeitsamt, als Regierungsvorsteher — an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes teil. Das Verhalten gegenüber den deutschen Delegierten war ein durchaus korrektes, besonders seitens der Arbeitervertreter, mit denen der deutsche Arbeitervertreter in kameradschaftlichem Tone verkehrte. Die Konföderation der französischen Gewerkschaften lud die Arbeitervertreter zweimal zu besonderen Beratungen ein, wobei herzliche Worte internationaler Arbeiterkollektarität gewechselt wurden. Auch das

Verhalten der Presse war korrekt, eher sympathisch als feindselig. Albert Thomas, der bekannte französische sozialistische Abgeordnete, wurde definitiv einstimmig zum Direktor des Internationalen Arbeitsamtes gewählt. Es wurde eine Kommission zusammengestellt, aus je zwei Vertretern der drei Gruppen eingeteilt, die den Organisationsplan des Arbeitsamtes ausarbeiten soll. Für den Juni wurde nach Genoa eine internationale Seemannskonferenz einberufen und die nächste allgemeine Konferenz auf das Frühjahr 1921 bestimmt. Die nächste Tagung des Verwaltungsrates findet am 22. März statt.

Soziale Rundschau.

Ein Kollaps der Privatschulen?

Die Privatschulen stehen bekanntlich unter staatlicher Aufsicht. Deshalb ist es auch Pflicht des Staates, dem Betrieb der Privatschulen und der wirtschaftlichen Lage ihrer Lehrkräfte sich zuzuwenden. Die Privatschulen haben vorwiegend geistlichen Charakter, wodurch die Mißstände im Unterrichts- und Erziehungsweesen in der wirtschaftlichen Lage der bescheidenen Lehrkräfte klar auf der Hand liegen.

Die Privatschulen haben lange vergebens auf eine wirtschaftliche Besserstellung durch die Anstaltsbehörden gewartet, die Gehälter der Privatschullehrer erreichen bei weitem nicht das jetzige Einkommen entsprechender Staatsbeamten oder gar das geplante Mindestgehalt der staatlichen Unterbeamten (Gruppe I: Vorkonzele, Nachwächter usw.). Auf Grund obiger Darlegungen haben die im Zentralverband der Angestellten organisierten Privatschullehrer an das Ministerium des Kultus und Unterrichts das Ersuchen gerichtet, rasche Abhilfe zu schaffen durch strenge amtliche Beaufsichtigung des Unterrichtsbetriebes, Festlegung von Arbeitszeit, Festlegung der Arbeitsentlohnung, Festlegung der rechtlichen Stellung der an den Privatschulen wirkenden Lehrkräfte; oder durch Aufhebung solcher Anhalten, die den ausgesetzten Forderungen nicht entsprechen und staatliche Verpflegung der dadurch erwerbslos werdenden Lehrkräfte.

(Bei dieser Gelegenheit möchten wir unser Befremden darüber zum Ausdruck bringen, daß bei der letzten Woche stattgefundenen Landeskonferenz die Privatschullehrer nicht vertreten waren, aber die Privatschullehrer eingeladen und durch Herrn Direktor Wähler-Kaspar ihre Interessen wahrnehmen ließen. Die Red.)

Tagung der Polizeibeamten Badens.

Mannheim, 14. Febr. Unter dem Vorsitz des Polizeikommissärs Graf hielt der Verband der Polizeibeamten Badens seiner Generalversammlung ab. Als Vertreter der Staatsbehörde waren erschienen Ministerialrat Lehrschulze und Polizeidirektor Dr. Döpfner. Zur Beratung stand die Dienstverweisung für Schulmannschaft und die Frage der Sicherheitspolizei. Die Angelegenheit der einheitlichen Leitung der Polizei erklärte Ministerialrat Lehrschulze als nicht fruchtbar. Zur Organisation machte der Vorsitzende den Vorschlag, für jede Polizeidivision und für jede Dienstabteilung einen Polizeibeamten als Vertrauensmann zu wählen. Der Vorschlag wurde nach längerer Aussprache angenommen. Es fanden dann verschiedene Wahlen statt. So wurden 12 Beiräte gewählt, die die Polizeibeamtensammungen bilden. Ihre erste Versammlung soll in Freiburg stattfinden. Weiter wurden noch verschiedene Berufsfragen besprochen.

Die Bekämpfung der Tuberkulose in Baden.

Unter zahlreicher Beteiligung fand vor einigen Tagen unter dem Vorsitz von Prof. Dr. S. Starck im Sitzungssaal des Roten Kreuzes in Karlsruhe eine Versammlung statt, in der über den weiteren Ausbau des Bezirks-Tuberkuloseausforschungsinstituts Karlsruhe-Bad Beschlüsse gefaßt werden sollte. Allerorts war man der Ansicht, daß die Zunahme der Tuberkulose ein energisches Vorgehen verlange und daß die durch den lange dauernden Krieg schwer beeinträchtigte, früher so bewährten Bestrebungen neu belebt werden müßten. Von Gemeinden wie Behörden wurde die nötige Unterstützung zugesagt. Nach eingehender Besprechung wurde ein neuer Arbeitsausschuß unter dem Vorsitz des Amtsbereichs-Ges. Rat Henning gebildet, welchem Vertreter der Gemeinden, der Wartvereine, des Frauenvereins- und Caritasverbandes, ferner der Bezirksarzt und andere Ärzte angehören. Dieser Arbeitsausschuß wird demnächst durch Bekanntgabe in den Zeitungen zum Beitritt zum Bezirks-Tuberkuloseausforschungsinstitut auffordern.

Zentralnachweisamt für Vermittelt.

In hoffentlich nicht mehr ferner Zeit werden auch — mit Ausnahme der in Rußland befindlichen — die letzten unserer armen Gefangenen in die Heimat zurückkehren. Viele von denen die Angehörigen immer noch hoffen, daß auch sie vielleicht doch noch unter den Gefangenen seien, werden vergeblich erwartet. Mit Recht können die Angehörigen beanspruchen, daß nunmehr völlige Klarheit über deren Verbleib geschaffen wird. Da ist es das aus dem Reichwehramt der Armee und Marine gebildete Zentralnachweisamt für Kriegerverluste und Kriegesgräber; bei dem das gesamte die persönlichen Angelegenheiten der in Verlust geratenen und verwundeten Heeresangehörigen betreffende Nachrichtermaterial gesammelt ist, welches im engen Zusammenarbeiten mit allen maßgebenden Faktoren nach den ungefährt 1/4 Million Vermittelt bearbeitet. Ein umfangreiches Arbeitsgebiet fällt auch den Abteilungen zu, die die Kriegesgräberangelegenheiten bearbeiten. Die mit dem Zentralnachweisamt vereinigte Stelle für Nachforschungen befragt die Ausschreibung der Nachlasshaken verstorbenen Militärpersonen an die Angehörigen. Im Interesse der Angehörigen sowohl, wie des Staates, ermittelt das Zentralnachweisamt ferner die Grundlage für die Festlegung des Todeszeitpunktes beim gerichtlichen Aufgebotsverfahren. Das Zentralnachweisamt liefert außerdem die Unterlagen zur Bearbeitung rechtlicher Ansprüche, die die Angehörigen tot, vermittelt oder gefangen gemessener Militärpersonen und letztere selbst an den Staat oder an private Gesellschaften haben. So leistet das Zentralnachweisamt eine Arbeit von hoher sozialpolitischer Bedeutung.

Eine dankenswerte Unterstützung würde die Tätigkeit des Zentralnachweisamtes noch erfahren, wenn Angehörige und zurückgekehrte Kriegesgefangene alle ihnen bekannten Nachrichten über Vermittelt, nähere Einzelheiten über Todesfälle, Schiffverluste, Hinterlegung von Nachlasshaken und ähnliches dem Zentralnachweisamt zur Verfügung stellen würden.

Das Zentralnachweisamt für Kriegerverluste und Kriegesgräber für den preußischen Heeresverband befindet sich Berlin W. 7, Dorotheenstraße 48, für alle Marineangehörigen Berlin W. 10, Mathäikirchstraße 9.

Verbindlichkeitsklärung des Tarifs im Baugewerbe.

Der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes E. V. hat beantragt, die zwischen dem Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen am 22. Dezember 1919 abgeschlossene nachträgliche Vereinbarung zu dem allgemein verbindlich erklärten, auf Blatt 231 des Tarifregisters eingetragenen Tarifvertrages gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für den gleichen Berufskreis und das gleiche Tarifgebiet für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 25. Februar 1920 erhoben werden und sind unter Nummer 33 N. 1053 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 83, zu richten.

Aus der Partei.

Außerordentliche Landesversammlung der sozialdem. Geistesarbeiter Badens

Am kommenden Samstag, 21. Februar, nachmittags 1 Uhr, findet in Karlsruhe im Restaurant Moninger (Gartenaal) eine außerordentliche Landesversammlung der sozialdemokratischen Geistesarbeiter Badens statt. Tagesordnung: Ansprache über Ziel und Zweck der Arbeitsgemeinschaft. Der Zeitpunkt der Tagung ist so gewählt, um den auswärtigen Genossen Gelegenheit zur Rückkehr mit den Abendzügen zu geben. Zahlreiches Erscheinen zu der wichtigen Tagung ist erforderlich. Als Referenten werden die Genossen Bech und Müller-Weid und die Genossin Anders sprechen.

Herr Jung einigt.

n. Durlach, 18. Febr. Die U.S.B. hatte auf Samstag abend eine öffentliche Versammlung einberufen, in der der Karlsruher Stadtrat und „Redakteur“ Jung eine Rede über „Die Reaktion und die Einigung des Proletariats“ halten sollte. Infolge verspäteten Eintreffens des Referenten konnte die Versammlung erst um 8 1/2 Uhr statt um 7 Uhr beginnen. Herr Jung brachte nichts Neues, er hat nur eine Walze, die er immer jeweils nur mit anderen Titeln verleiht. Der Inhalt seiner Reden ist immer der gleiche: unter Anwendung von Schlagworten ergeht er sich in den üblichen Schimpfereien gegen die Regierung und hauptsächlich gegen die Führer der Mehrheitspartei. Ebert, Kosse, Scheidemann und David sind für ihn „Revolutionsgegner im Banne der Rechten“ und daher „Verräter des Proletariats“, denen gegenüber die Führer der Rechten mit ihrem Zielbewußten Willen respektabel zu nennen sind. Auch die noch nicht eingetretene ökonomische Befreiung, Feuerung und alle sonstigen Uebelstände, deren Eintritt durch die Diktatur des Proletariats zu verhindern gewesen wären, bucht Herr Jung diesen „Verrätern“ zur Last. Ein veröhnlicher Ton, wie ihn die Ankündigung des Referats „Vereinigung“ hatte vermuten lassen dürfen, war leider nicht wahrnehmbar — allerdings von dem Herrn auch nicht zu erwarten.

Als erster Diskussionsredner ergriff Genosse Funf das Wort, der, nachdem er das Bedauernswoort des Bruderkampfes dargelegt hatte, dem Referenten an Hand der Geschichte in sachlicher Weise nachwies, daß, soweit die Weltgeschichte reicht, noch nie eine Diktatur von Bestand gewesen ist, die ökonomische Befreiung nur in Auswirkung der politischen Befreiung allmählich vor sich gehen könne, die Erzwingung der Diktatur über Millionen von Leiden, die wahrheitsgemäß nicht mehr alle bedient werden würden, in die Hände der Rechtsreaktion geführt würde. Diese Verantwortung dem Volk gegenüber mußten die Mehrheitssozialisten entschuldigend ablehnen, sie legten immer noch Wert darauf, daß während der Umwälzung das Haus immer noch wohnlich erhalten bleibe. — Aus den Reihen der

Aus dem Lande.

Jochheim, 16. Febr. Zugunsten der Kriegsgefangenen gibt im Auftrag des Ortsrats freie Arbeitervereine der Arbeitergefangenenverein „Freiheit“ am kommenden Sonntag im Saale des „Bahnhofs“ ein Konzert. Die Veranstaltung steht unter musikalischer Leitung des Dirigenten Herrn Hornmeisters Giffeler. Der bekannte Tenorsolist Herr Ludwig Brannath aus Karlsruhe hat seine Mitwirkung zugesagt. — Es ist dieses nach dem Krieg das erste Mal, daß die „Freiheit“ wieder vor einer größeren Öffentlichkeit eine Probe ihres Könnens ablegt; mit Rücksicht auf den guten Zweck der Veranstaltung ist zu wünschen, daß das Konzert einen guten Besuch aufzuweisen hat. Programm, die zum Eintritt berechtigten, sind im Vorverkauf und an der Tageskasse von 1/2 1/2 Uhr ab erhältlich. — Das Ortsrat, die Vereinigung der freien Arbeitervereine am Orte, hat sich konstituiert und zu seinem Vorsitzenden den Gen. A. Letzt bestimmt.

Freiburg, 15. Febr. Ein Universitätsprofessor der katholischen Theologie an der Freiburger Universität, Dr. Engelbert Krebs, hat zu wiederholten Malen in der Öffentlichkeit die Direktion eines hiesigen Theaterunternehmens, der Volksbühne, angegriffen, weil sie nach seiner Auffassung schädlichen Bühnenstücke Aufnahme gewährt. Als solche haben nach seiner Meinung insbesondere Weckens „Erdgeist“ und Schönherr's „Weißteufel“, aber auch Halbes „Jugend“ zu gelten. Von der Berufenen Kritik wurden die genannten Erzeugnisse mit literarischem Verständnis anerkennend gewürdigt. Neben andern schmeichelhaften Bezeichnungen gliedert Herr Krebs die Besucher der Volksbühne als „Halbgebildetenmenschen mit schmerzlichen Gefühlen“ und als „lüsternen Kunstschaffler, deren derbe Nafen nur der stärkste erotische Tabak zu läheln vermag“. Daraufhin hat nun die Leitung der Volksbühne Beleidigungsklage gegen Professor Dr. Krebs angehängt.

Freiburg, 17. Febr. Der aus Neuak (N. Böh.) gebürtige Raubmörder Josef Kaller hat im hiesigen Untersuchungsgefängnis ein weiteres Verbrechen eingestanden. Er lauerte am Abend des 21. Januar an der Straße von Wühl nach Hagelweier dem Wirt Klöpfer auf und gab mehrere Revolverkugeln auf denselben ab. Ob auch hier eine Verurteilung geplant war, muß die Untersuchung ergeben. Drei Tage nach diesem Vorfall ermordete und beraubte Kaller in Hinterzarten-Erlenbrunn den Landwirt Fähringer. Er wird beider Verbrechen wegen dem nächsten Schwurgericht hier zur Aburteilung überwiesen. — Bei der Karlsruher wurde in der vergangenen Sonntagnacht ein hiesiger Einwohner von zwei Unbekannten überfallen, eines wertvollen Heberzeigers, seiner goldenen Taschenuhr mit Kette und seines Taschenspiessers beraubt.

Marzberg, 17. Febr. In der Totschlagangelegenheit des Kaufmanns Johann Maurer wurde dessen Ehefrau im Spital interniert und sein Schwager verhaftet.

Karlsruhe, 16. Febr. Wegen Handelns mit Salvarsan wurden fünf Personen festgenommen, ein Kaufmann aus Freiburg, ein Kaufmann von hier und drei Schüler einer hiesigen Lehranstalt. Das recht wertvolle Salvarsan wurde beschlagnahmt.

Schnauz i. W., 16. Febr. Eine Köpenicklade wurde hier noch im letzten Augenblick bereit. Der Büchsenmacher Arthur Edelman hatte während seines Aufenthalts in hiesigen Untersuchungsgefängnis von einem 15jährigen Mitgefangenen sich über die Verhältnisse eines Landwirts unterrichtet und stellte sich nach seiner Entlassung bei dem Betroffenen ein mit einer Quartierbescheinigung, einen Leutnant und ihm, den Vorfahren, aufzunehmen. Sie seien bei einer „Schleiberpatrouille“ und 4 Mann lämen nach. Der Landwirt nahm den Vorfahren auch auf, der dann im geeigneten Augenblick 3000 M. stahl. Zufällig erfuhr die hiesige Gendarmerei von der „Einquartierung“ und nahm den Schwindler fest.

Rehl, 17. Febr. In Windschlag wurde ein Schweinehändler mit einem Wagen voll Schweinen, die er nach Straßburg durchschmuggeln wollte, abgefaßt und nach Effenburg verbracht. — Wie die „Kocher Zeitung“ meldet, wurden in Saargemünd mehrere Personen verhaftet, als sie 450 Kilogramm deutschen Silbergeldes aus den besetzten Gebieten einführen wollten.

Mannheim, 17. Febr. Vor dem Hause Mittelstraße 116 fiel gestern Abend 11 Uhr der 57jährige Tagelöhner Richard Baumann über seine Geliebte, die 19jährige Arbeiterin Katharina Nachs, mit dem Messer her und brachte ihr drei lebensgefährliche Stiche am Kopfe bei. Der Täter sollte kurz darauf von vier Schulheuten festgenommen werden. Darauf begann einer seiner zahlreichen Begleiter, die eine drohende Haltung gegen die Polizei annahm, mit dem Revolver zu schießen. Schwermann Schieß wurde in den rechten Oberarm getroffen. Baumann und seine Genossen entkamen.

Weinheim, 17. Febr. Eine sechsköpfige Diebesbande, die mehrere schwere Einbruchsdiebstähle auf dem Weissen hat, konnte jetzt verhaftet werden. Die Bande hatte u. a. zwei Einbrüche in die Lederfabrik Badenia unternommen und dabei Leinwand im Wert von 3000 M. bis 10000 M. gestohlen, das aber bis auf einen kleinen Rest wieder beigebracht werden konnte.

Mühlerrösch. Der Unterverband Mannheim des badischen Mühlerrösch hielt vor wenigen Tagen in Wiesloch eine Mitgliederversammlung ab, in welcher der Bundesvorsitzende B. Voelken-Rosbach über die gegenwärtige Lage des Mühlerröschgremiums berichtete. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in welcher der Abbau der Kriegszwangswirtschaft, jedwede als baldige Aufhebung der Röhlenkontrolle gefordert wird. So lange diese nicht erfolge, seien die Getreidepreise und Mähdarben in einer Höhe festzusetzen, welche den erhöhten Produktionskosten und der Entwertung des Getreides entsprechen. Werde dieser berechtigten Forderung von der Regierung nicht endlich entsprochen, so sei eine Hungerrevue unabweislich. Die Einführung des Achtstundentages in den Mittel- und Kleinmühlen wird abgelehnt. Schließlich wurden noch die neuen Maßlöhne festgesetzt.

Jugend und Sport.

Table with columns: Vereine, Spiele gewonnen, unentschieden, verlor, Punkte. Lists results for various clubs like Durlach I, Dagsfeld I, Karlsruhe I, etc.

Durlach 3. — Aue 3. 1:0 für Durlach. Profestspiel am 28. März Dagsfeld — Sped in Aue. Schiedsrichter Hr. Holtmann-Aue.

Fußballresultat vom Sonntag: Durlach I — Ettlingen I 3:1; Karlsruhe I — Wolfartsweier I 10:0; Karlsruhe II — Wolfartsweier II 1:4.

Karlsruher Fußballverein — „Rudolfshühler“ Wien 3:1, Halbzeit 1:0.

Etwa 8000 Zuschauer fanden sich gestern mittag zu dem Spiele ein, was als ein sehr schönes und interessantes genannt werden muß. Das 2. und 3. Tor konnte K.F.V. in der 8. und 5. Minute vor Spielzeit erringen.

Protest gegen die Schließung der Schwimmhallen.

In Karlsruhe haben eine Anzahl Sportvereine — auch das Arbeiterportartell — mit circa 30000 Mitgliedern, dem Stadtrat eine Eingabe überreicht, in der der Stadtrat aufgefordert wird, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die alsbaldige zeitweilige Wiedereröffnung der Schwimmhallen zu ermöglichen. Wenn auch, so heißt es u. a. in der Eingabe, die bringende Notlage der Brennstoffbeschaffung nicht verkannt wird, kann es aber nicht verstanden werden, daß in dem gleichen Augenblicke, in dem die für die Volksgesundheit und unsere Jugend so wichtigen Badeanstalten geschlossen werden, nicht nur die Vermögensgegenstände — zum Teil Tummelplätze der Schieber und Wucherer — ansehnlich gehetzt sind, sondern sogar neue eröffnet werden. Nach die städt. Festhalle wird Woche für Woche für Tanzlustbarkeiten umgewandelt, während zu gleicher Zeit die Badeanstalten ihren Betrieb vollständig einstellen mußten. Wenn die heranwachsende Jugend nicht vollends verelenden und unsere Volksgesundheit nicht nottun soll, dann müssen alle Mittel zur gesunden Körperpflege frei gemacht werden und dazu gehören auch die Schwimmhallen. Das Schwimmen ist nicht nur Sport, sondern ist auch ein unerlässlich Mittel zur Erhaltung und Hebung der Volksgesundheit.

Berichtszeitung.

Bankkassenschlüssel. Einen schwingelnden Schlüssel mit Vanille trieb im Herbst v. J. eine Bande von der Schweiz aus nach Baden. Einem Tages fielen die Mitglieder der Gesellschaft, 10 Schweizer und vier Deutsche, den Grenzrächern in die Hände. Ueber 500 Kilo Vanille hatten sie nach Baden geschmuggelt. Vom Schweiz. Gericht sind sie jetzt zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen und zu Geldstrafen von 50 bis 2000 Franken verurteilt worden.

Käsehandel. Der wegen Eigentumsverratschens bereits mehrfach vorbestrafte Gustav Mittel hatte Inhaberinnen von kleinen Kolonialgeschäften Käse zum Kaufe angeboten, ihnen aber dann keinen Käse, sondern ein minderwertiges Limonadenpulver geliefert. Bei auswärtigen Amtsprüfungen, in Heidelberg, Mainz und Frankfurt erwirkte er gegen hiesige Geschäftsfrauen Zahlungsbefehle, trotzdem diese ihm nichts schuldeten. Zum Teil bezahlten die Frauen, um Unannehmlichkeiten zu entgehen, zum Teil erhoben sie Widerspruch, scheuten aber dann die weite Reise zur Gerichtsverhandlung und wurden dann in Abwesenheit verurteilt. Das Gericht verurteilte den schändlichen Schwindler wegen Betrugs und fortgesetzter Verurteilung zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und zu 5 Jahren Ehrverlust.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 18. Februar.

Aus der Stadtratsitzung vom 12. Februar 1920. Gas, Wasser- und Strompreise. Die Preise für Gas, Wasser und elektrischen Strom müssen, wie anderwärts, auch in Karlsruhe erhöht werden. Die ständig steigenden Erzeugungskosten gestatten jedoch zurzeit nicht mehr, bestimmte Preise auf längere Zeit unverändert festzusetzen. Der Stadtrat beschließt vielmehr, neue Tarife auf der Grundlage der Kohlenpreise zu erlassen und den Bürgerausschuß zur Genehmigung vorzulegen, daß auf längere Zeit, etwa bis 31. März 1921, eine Anpassung an die veränderlichen Produktionskosten möglich ist.

Tarife der Karlsruher Lokalbahnen. Das Rechnungsjahr 1919 hat für die Karlsruher Lokalbahnen mit einem Nettobetrag von rund 800 000 M. abgeschlossen. Es ist gangbar ausgefallen, daß die Stadt auch in Zukunft Zuschüsse für den Betrieb der Lokalbahnen leisten können. Aus diesem Grunde ist für das Jahr 1920 eine bedeutende Erhöhung der Karlsruher Lokalbahntarife in Aussicht genommen und zwar eine solche von rund 150 Prozent über die bisherigen Preise, bei einzelnen Karten sogar noch darüber hinaus. Um Verluste zu vermeiden, ist es notwendig, diese Tarifierung sofort (ab 15. ds. Mts.) in Kraft treten zu lassen.

Erhöhung der Wochenmarktgebühren und der Messeplatzgebühren. Der Erlös aus Wochenmarktgebühren steht hinter den in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegenen Ausgaben für die Wochenmärkte weit zurück. Es wird daher vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses eine angemessene Erhöhung der Gebühren beschlossen. Aus gleicher Ursache wird auch eine entsprechende Erhöhung der Platzgebühren für die alljährlichen Messen beschlossen.

Beschaffung von Baustoffen, Geräten und Maschinen. Mit Rücksicht auf die große Veränderlichkeit in den Preisen für Baustoffe, Geräte und Maschinen aller Art wird beim Bürgerausschuß die Bildung eines Fonds in Höhe von 500 000 Mark beantragt, der es dem Stadtrat ermöglicht, größere Käufe auch für solche Verwendungszwecke abzuschießen, bezüglicher einer Bürgerausschußgenehmigung noch nicht vorliegt.

Die städtischen naturwissenschaftlichen Sammlungen, die sich zurzeit im Gebäude des städtischen Gartenamtes befinden, werden demnächst in einem Räume der Goethe-Schule untergebracht, wo sie nach gründlicher Instandsetzung auch den anderen Schulen und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Warum die Fische so teuer sind.

In dieser Zeit der unerwünscht hohen Fischpreise ist die Erklärerfolgung eines Betrügers von Bedeutung. Die Essener Staatsanwaltschaft hat gegen die Reichsfischverforgung G. m. b. H. in Berlin und deren früheren Vorleiter Nathan das Verfahren wegen Preiswuchers und Kettenhandels eingeleitet. Die Veranlassung zu dem Verfahren bildet die Feststellung, daß die Reichsfischverforgung wiederholt Sendungen von Salzheringen die Essener Firmen zum Preise von 800 bis 405 Mark die Tonne zugeführt erhalten haben, beschlagnahmt, die Tonne zum Preise von etwa 30 M. selbst übernommen und hernach die beschlagnahmten Fischsendungen den Essener Firmen zum Preise von 450 M. die Tonne wieder angeboten hat. Dieser Tage hat der Essener Untersuchungsrichter bei der Reichsfischverforgung in Berlin Beschuldigte und Zeugen vernommen. Das Ergebnis der Vernehmung war die sofortige Verhaftung des früheren Vorleiters der Reichsfischverforgung Nathan. Wücher und das Bankrottverfahren der Reichsfischverforgung im Verlage von 120 Millionen Mark wurden beschlagnahmt. Der Verhaftete ist in das Untersuchungsgefängnis nach Essen eingeliefert worden.

Der Sommer mußte sofort erschossen werden und mit ihm alle diejenigen, die es ähnlich machen und damit das namenlose Elend des ganzen Volkes verschärfen.

Verband der Fabrikarbeiter.

K. In der am 8. Februar stattgefundenen Generalversammlung in Saalbau-Wülzburg, wo 20 Delegierte

der verschiedenen Betriebe anwesend waren, erstattete Kollege Karle den Geschäftsbericht. Die Zahlstelle hatte im verfloffenen Jahr einen zu Beginn desselben ungeahnten Aufschwung zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl stieg von 721 auf 3220, hiervon 1500 Arbeiterinnen, wovon 8100 Mitglieder unter tariflichen Arbeitsbedingungen arbeiten. Kollektivverträge haben wir zur Zeit in der Abt. Chemie, Seifenfabriken, Papierindustrie und Ziegeleigewerbe mit 1600 Arbeitern und Arbeiterinnen. Mit einer Anzahl von Betrieben stehen wir zur Zeit in Lohnabereung. Es fanden im Berichtsjahr 834 Versammlungen, die sich zum größten Teil mit Lohnverhältnissen zu befassen hatten, statt. An Sitzungen waren 62 und Unterhandlungen mit Arbeitnehmern 167 erforderlich. In 5 Fällen mußten wir den Schlichtungsausschuß anrufen. Die meisten der Verträge sind 3-4mal erneuert worden.

Der Markenumsatz betrug im Geschäftsjahr 125 470 Stück mit einer Gesamteinnahme von 64 563,55 M., wovon 47 088,88 M. der Hauptkasse überwiesen werden konnten. Die Neuwahl der Ortsverwaltung brachte keine wesentliche Veränderung. Hoffen wir, daß es uns im Bezirk gelingen möge, den noch restlichen Teil der Arbeiterfürsorge für unsere Sache zu bekommen und unserem Ziele näher zu kommen.

Bersammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

In einer überfüllten Mitgliederversammlung am 13. Febr. in der Gewerkschaftszentrale gab Gauleiter Würer den Bericht über die Verhandlungen mit dem badischen Stadtrat wegen der Teuerungszulage für die hiesigen Arbeiter. Er bejahte sich weiter mit den Angelegenheiten der Militär-, Staats-, Bau- und Holzgartenarbeiter, Hengstbärter usw. Nach dem Bericht zeigte es sich, daß es der Vertreter der Städte verziehen, ihre Organisationsaufgaben den Arbeitern gegenüber wahrzunehmen. In der Diskussion konnten die Arbeiter das Verhalten der hiesigen Stadtverwaltung um Gewährung von Dienstleistungen nicht verstehen, da doch andere Städte in dieser Beziehung viel weiter gehen. Unverständlich ist allen, warum die Leberstunden nicht ebenfalls rückwirkend berechnet werden und Arbeiter unter 18 Jahren nichts erhalten.

Zum Schluß wurden zwei Resolutionen angenommen, deren eine sich mit den Arbeitsverhältnissen in Gemeindebetrieben, die andere sich mit denjenigen in Staatsbetrieben befaßt. In der ersten kommt zum Ausdruck, daß die Veranmlung sich mit den Zulagen ab 1. Januar einverstanden erklärt mit dem Wunsch, daß die Regelung für das städtische Krankenhaus alsbald erfolgt und die Verhandlungen wegen einem neuen Lohnstarif sobald wie möglich aufgenommen werden. In der zweiten Resolution wird u. a. verlangt, daß das Personal der bad. Gartenverwaltung, der Abwasserabwasserung usw. die Zulagen nicht mit Vorbehalt erhalten sollen, sondern daß auch diesem Personal die so bitter nötigen Zulagen mit Sicherheit gegeben werden.

Sozialdem. Verein. Wir betreiben hiermit nochmals auf die heute Abend 1/2 8 Uhr in der „Goldenen Krone“ stattfindende Versammlung der Männer-Versammlung. In derselben wird Gen. Prof. Kobach über die Landesschulkonferenz berichten. Die Wichtigkeit der Sache erfordert, daß alle Vertrauensleute erscheinen.

Bürgerausschußsitzung. Am Freitag, 27. Febr., mittags 3 Uhr, findet eine Bürgerausschußsitzung statt. Elf Punkte stehen auf der Tagesordnung, darunter der Antrag für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März, sowie die Umlagefestsetzung für diesen Zeitraum; Änderung des Straßenbahn- und Lokalbahntarifs; Erhöhung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsgebühren; Bewilligung von Teuerungszulagen an städtische Beamte und Arbeiter.

Rüppurrer. Freitag Abend hielt im Nebenzimmer der Gastwirtschaft „zum Löwen“ hier Genossin Frau Fischer den angelegentlichsten Vortrag über „Die Stellung der Frau im Leben der Völker“. Ausgehend von den Familienverhältnissen und dem Völkerverhalten in großer Vortrefflichkeit über die Stellung der Frau in den verschiedenen Kulturepochen bei den besonnteren Völkern unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands. Rednerin ging dann zu den Schicksalen der Frauen während des juristischen Krieges und in den jetzigen schweren Zeiten über und zu den sozialen Aufgaben, die der Erfüllung und tatkräftiger Mitwirkung durch die Frau noch harrten. Die Rednerin verhandelte, aus warmem Herzen und tiefempfundener Verständnis für die Verbesserungsnöwendigkeiten der Lage des arbeitenden Volkes die Pflichten der Frauen als Träger des sittlichen Fortschritts der Menschheit zu veranschaulichen. Die Ausführungen fanden allseitigen Beifall und konnte Genossin Frau Korich und Genossin Döhn der aufgeschriebenen Frauensammlung nur noch ans Herz legen, für unsere Partei noch mehr Anhängerinnen zu werden und auch in der Familie für unsere großen Ziele zu wirken.

Die Straßenbahn durch die Rüppurrerstraße soll nun nach Mitteilungen maßgebender Stellen bis zum Mai in Betrieb genommen werden. Die Rüppurrerstraße soll dabei einen Teil der Mundbühnenstraße Kriegsstraße-Weierstraße Allee-Karlsruhe-Neckstraße-Bahnhof-Nottestraße-Rüppurrerstraße bilden. — Auch der Ausbau der Ettlingerstraße zwischen Kriegs- und Baumelstraße soll nun baldigst in Angriff genommen werden. Ebenso soll die Durchführung der Wilhelm- und Rarionstraße über das Gelände des alten Bahnhofs nach der Kriegsstraße nun in Höhe in Angriff genommen werden, da die Verhandlungen zwischen Stadt- und Eisenbahnverwaltung dem Abschluß nahe gekommen sind.

Der Verein mittlerer technischer Eisenbahnbeamten hatte auf Samstag nachmittags seine Mitglieder zu einer Generalversammlung in den großen Saal des „Muerfaher“ hier eingeladen. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung, besonders des Uebergangs der badischen Staatsbahnen an das Deutsche Reich und die damit eng verbundenen Ständesfragen der mittl. technischen Beamten war die Generalversammlung aus allen Teilen des Landes sehr stark besucht. Nach ausführlichem Vortrag des Herrn Straß über die Vereinfachung sowie eines Vortrags über die Tätigkeit des Vereins und der Neugründung durch den 1. Vorsitzenden Herrn Grotlich wurde der bisherige Vorstand entlassen und sachgemäß ein neuer gewählt. Anstelle des scheidenden Vorstandes wurde Vizepräsident Straß in Durlach gewählt.

Arbeiterverkehrsbund. Auf Sonntag nachmittags 4 Uhr hatte der Arbeiter-Verkehrsbund „Solidarität“ seine Angehörigen und Freunde zu einem Familienabend in den kleinen Festhallensaal geladen, der einem sehr netten Verlauf nahm. Der Verein begreift damit einen kulturellen Zweck, da der Meinerlös zugunsten der Kindererziehungskommission bestimmt war, was jedenfalls einen hübschen Betrag abwarf, da der Saal bis auf das letzte Plätzchen besetzt war. Das Programm war ein sehr abwechslungsreiches. Neben den Darbietungen des eigenen Vereins (Reigenführer) hatten die Besucher Gelegenheit, den gutgeschulten gemischten Chor „Brüderbund“ und den Mandolinen-Verein „Glockenschall“ zu hören, welche Vereine sich freudig dem guten Zweck zur Verfügung stellten. Auch der Violinvirtuose Herr K. Luninshäuser trug einige Sachen vor, die allgemeinen Beifall fanden. Man kann sagen, daß alle Beteiligten sich die beste Mühe geben, etwas Gedeignetes zu leisten, was ihnen auch in vollem Maße gelang. Es war ein schönes Arbeiterfest, das gehalten wurde nicht des Feistes, sondern des festlichen Zweckes wegen. Ein kleiner Waff beschoß die in allen Teilen gelungene Veranstaltung.

Vertical text on the right edge of the page, including page number and some illegible text.

Aufgebotsverfahren.
 Frau Andreas Jörg, Mechaniker's Witwe, Frieda geb. Streiffus, hier, Amalienstr. 59 hat den Antrag gestellt, ihr abhanden gekommenes Sparbuch Lit. U Nr. 580 mit einer Einlage von 4 385 RM. 97 Pf. inzwischen durch Finsaufschrift angewachsen auf 5 325 RM. 33 Pf. für kraftlos zu erklären.
 Der Inhaber des genannten Buches wird hiermit aufgefordert, solches binnen eines Monats, von der erfolgten Einreichung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen und seine Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Buches erfolgen wird.
 Karlsruhe, 14. Febr. 1920.
 Städt. Sparkassenamt.

Stoffdrucker
 für kleine Handdrucker geeignet, der im Stande ist, selbige selbständig zu leiten. Angebote mit Gehaltsansprüchen erb. u. S. T. 815 an die Via Haasenhein & Bogler, Karlsruhe. 460*

Frau oder Mädchen
 zum Bücheranstrichen gesucht. Buchhandl. Pausch, Postenstraße 63. 1847

Schuljunge
 eifrig und zuverlässig, zu leichten Beforgungen gesucht.
 Amalienstraße 26, 2. Stod.

Wer fertigt Drahtgestelle
 für Lampenschirme an. Angebote unter Nr. 1844 an das Volksfreundbüro erbeten. 1844

Häuser
 mit und ohne Geschäft hier, und auswärts ebenso Landhäuser, Wirtschaft, Güter, teils sofort beziehbar zu verkaufen. 1579
 M. Busam
 Liegenchafts-Büro
 Herrenstraße 34.

Flechtenleiden
 Dauerbeseitigung. Reichspatent. Prof. gratis. Sanitäts-Depot Halle a. S. 288.

Kein Befrüssler
 versäume prakt. Arzt Dr. Zottmann's „Kraton“ d. Neueste, sofort wirkend anzuwenden. Pat. Schutz. Auskunft kostenlos. Alter und Geschlecht angeben. Versandh. Nordhoff 1a München SW. 2. 271

Groß-Zirkus-Schau
 Karl Holz Müller
 Karlsruhe Ausstellungshalle
 Telefon 4870.
 Heute Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr
Grosse Familien-Vorstellung
 Kinder zahlen halbe Preise. Die hier weilenden „Wiener Kinder“ erhalten zu dieser Vorstellung freien Eintritt.
 Abends 7 1/2 Uhr das aus 21 Nummern bestehende neue 1849
Riesen-Programm.

Residenz-Lichtspiele
 30 Waldstrasse 30
 Mittwoch 18. bis 20. Februar 1920
 Donnerstag Freitag
 Der grosse Prunkfilm
Rausch
 Drama in fünf Akten vom Strindberg, mit
Asta Nielsen
 Alfred Abel
 Carl Meinhard
 Regie:
Ernst Lubitsch
 Asta Nielsen Asta Nielsen Asta Nielsen
 Dieser Film wurde in Berlin am Lessingtheater wochenlang mit grösstem Erfolg und bestem Anklang gezeigt, zumal die Zeitungen nur lobende Rezensionen brachten. 1854

Verstärkte Künstler-Kapelle
 unter der bewährten Leitung des Herrn Kapellmeisters **Steinmüller.**

Schillerstr. 22
Das Gebot der Liebe
 Schauspiel in fünf Akten von Ruth Goetz.
 In den Hauptrollen: **Eva May, Karl Platon, Johannes Riemann.**
 Regie: Erik Lund

Das Herz des Casanova
 Schauspiel in einem Vorspiel und drei Akten von Ernst Rennspies.
 Verfasst von **Bruno Kastner** und in der Hauptrolle nebst L. v. Ledebour, Ria Jende, Ernst Benzinger.

Kaiserstrasse 5
Pola Negri
 in
Das Geheimnis des Hotels X.
 Sensationsdrama in fünf Akten.

Durchlaucht wider Willen.
 Lustspiel in drei Akten mit **Lia Ley.**
 Als Einlage:
Boxkampf
Jeffries-Johnson

Union-Theater
 Kaiserstrasse 211.
 Unwiderfürlich nur bis Freitag!
Der Musenfrack
 interessantes nordisches Lustspiel.
Die Lieblingsfrau des Maharadscha.
 (II. Teil)
 Ein indisch. Liebesroman in einem Vorspiel und 6 Akten v. Marie Luise Droop.
 In der Hauptrolle der Liebbling der Frauenwelt **Gunnar Tolnaes.**
 Personen:
 Scher Sardar, Maharadscha von Baghalpur Gunnar Tolnaes
 Gul, Maharani von Baghalpur, seine Gemahlin Lily Jacobsson
 Sudraka, Radsch Qumar v. Baghalpur, beider Söhne
 Indra, die Geliebte
 der Königin J. F. Petersen
 Dewupatra, der Minister des Königl. Hauses Carl Lauritzen
 Tumai, sein Vertrauter Aage Hertel
 Surya Vata, ein Yoghi Fred. Jacobsen
 Armine Robert, Finanzbeirat am Königl. Hofe Carl Worm.
 Dieses grosse Prachtwerk übertrifft bei weitem den ersten Teil in seiner spannenden Handlung, seiner wunder-vollen Ausstattung, sowie seiner erstklassigen Darstellung. 1851
 — Kassenöffnung 4 1/2 Uhr. —

Welt-Kino
 Telefon 5448 Kaiserstrasse 133
Nur 3 Tage!
 Mittwoch — Donnerstag — Freitag
 Der große Detektiv-Schlager!
Stuart Webbs!
Der Mann im Keller.
 Detektivschlager in vier großen Akten. Inszeniert von **Joe May.**
Ernst Reichert als Stuart Webbs!
 Aus dem Inhalt: 1850
 Der rätselhafte Fall in der Yorkshirerstr. **Webbs** übernimmt den Fall. Der Mann im Keller — tot? — noch keine Anhaltspunkte — entwischt. Auf der richtigen Spur. Der Doppelgänger. Die geraubten Pläne. Ein tollkühner Streich. In der Höhle der Verbrecher usw. Zum Schluss leistet sich **Webbs** das Raffinierteste von allem — er überlistet die 3 Verbrecher mit Hilfe ihres eigenen bisher angewandten Doppelgängertricks!!
 Außerdem:
Frauen traut den Männern nicht!
 Ein ungelungenes Lustspiel in 3 Akten.
 — Lachen ohne Snds. —

Herrenstoffe!
L. Brotz
 Marienstr. 18 p., Tel. 3950.
 Kein Laden. 1855

Palast-Theater
 Moderne Lichtspielbühne
 Herrenstrasse 11 Telefon 2502
 Mittwoch, Donnerstag und Freitag
Eva May
 in ihrer neuesten Darbietung
Das törichte Herz
 Ein Filmspiel in vier Akten.
 Regie: Erik Lund. 1853
Rudolf Essek
 und
Vera Häberlin
 in
Das Ende vom Liede
 Drama aus d. Artistenleben in vier Abteilungen

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Tabakum (ges. gesch.)
 Mit Tabakum wird sowohl gut fermentierter als auch gewöhnlicher, trockener u. auch fertiger, geschmittener Tabak zu einem bekömmlichen, aromatischen und gut brennenden
Rauchtabak gebeizt.
 Probepackung mit Gebrauchsanweisung, ausreichend für 3-4 Pfd. gegen Nachnahme von Mk. 8.50 (Post-Nachnahme einbezogen). Bei grösseren Mengen Sonderpreise.
 Landw. Versand, Karlsruhe i. B.

Badisches Landestheater.
 Mittwoch, den 18. Februar 1920. 459
Der Troubadour
 Oper in vier Akten von Verdi.
 Luna: Imre Aldori-Perla. G. Asucena. M. Brunsch a. G.
 Anfang 7 Uhr. (Erh. Pr.) Ende 10 Uhr

Willy Reinert
 KARLSRUHE O Kaiserstraße 126
 Telefon 2573.
Zahnersatz u. Plomben
 — Schonendste Behandlung. — 1714

Für das Diensthans des Gastwerts Gaggenau wird für dauernde Beschäftigung ein jüngerer, tüchtiger, ungelerner
Arbeiter
 für sofort gesucht. Die Bezahlung erfolgt nach den Tarif-tagen.
 Gaggenau, den 14. Februar 1920. 1821
 Das Bürgermeisteramt.

Einwohnerwehr Karlsruhe
Kompagnie-Abend
 der 6. Kompagnie (Mühlburg)
 Mittwoch, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der „Westendhalle“, Rhein-strasse 30
VORTRAG
 des Herrn Birkenmayer über
 „Rasensport als Leibesübung“.
 Mitglieder und Freunde der Einwohner-wehr sind hierzu freu. u. d. eingeladen. 1848

ULI
Luxeum Lichtspiele
 Kaiserstrasse 168 Telefon 3985
 Ab heute Mittwoch bis einschließl. Freitag!
 Das sensationelle aufsehenerregende Filmwerk aus der Meisterserie
Geöffnete Fürstengräber
Kronprinz Rudolf, das Geheimnis von Mayerling
 5 Akte.
 Rolf Randolf der Verfasser, Spielleiter und Hauptdarsteller dieses Filmes hat verschiedene Episoden aus dem Leben Kronprinz Rudolf sowie sein tragisches Ende, das Drama von Mayerling zu einem spannenden Meisterwerk gebunden und ein spannendes Meisterwerk geschrieben. Thea Sandten als Komtesse Mary steht ihm ebenbürtig zur Seite und weist mit starken Mitteln für den Erfolg des Filmes zu wirken.
 Der neueste Abenteuerfilm des
Charly Bill
 Der
geheimnisvolle Fremde
 Detektivabenteuer in 5 spannenden Akten von Leopold Bauer.
 Charly Bill, der kühne Abenteuerer, versteht es auch dieses Mal, seine zahlreichen Verfolger durch allerlei geschickt angelegte Masken über seine Person zu täuschen und seinen Verfolgern leider trotz allem Spürsinn zu entgehen.
 Aus dem Inhalt:
 Ein Werk des Schicksals. — Der geheimnisvolle Fremde. — Das verdächtige Geräusch. — Am Tatort. — Das geheimnisvolle Beil. — Eine verwickelte Angelegenheit. — In die Falle eingegangen. — Die Flucht mit der Strickleiter. — Entwischt. 1832